

# Haushaltsrede FDP Fraktion

Dieter Bahr 15.12.2005

---

Dies ist nun wirklich der letzte Haushalt – dieser Legislaturperiode. Und ich gehe davon aus, dass wir diesmal keine zweite Runde im Januar fliegen.

Und der „Blick zurück im Zorn“ bringt uns auch nicht voran. Wir sind ja gerade in die großkoalitionäre Aufbruchphase gestartet – alles wird besser – es kann ja auch nur besser werden.

Das geht an uns Langenern auch nicht spurlos vorbei: Auf der Zielgeraden der Beratungen schwemmte uns eine freundliche Welle noch mal eine Menge Geld in die Kasse. Das macht Mut für Zuversicht – aber die Vorsicht bleibt.

Seit 2005 leben wir mit der **Globalen Minderausgabe (GMA)**, die für den nächsten Plan so deftig ausgefallen ist, dass sie unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Zu der prinzipiellen Einschätzung greife ich wieder einmal zu den „Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung“ (DS 360/2). Sie „... binden Verwaltung, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gleichermaßen.“

Jetzt könnte ich daraus ableiten, die Globale Minderausgabe sei auch eine Gemeinschaftsaufgabe. Verwaltung und Magistrat weisen in eine Reduktionsrichtung und die Stadtverordneten geben zu erkennen, ob und wie weit sie dem folgen. Umgekehrt stellt sich die Frage, wie Haushaltsanträge aus dem Parlament in diesem Licht zu bewerten sind. Sind sie ein Beitrag zur Erwirtschaftung der GMA oder haben sie nichts damit zu tun?

Wir haben die Interpretation gewählt: mit unserer Zustimmung zu dem GMA-Ansatz bekräftigen wir den Willen, an den ausgewiesenen Bereichen die Einsparungen so weit wie möglich zu realisieren. Dazu ist es uns in den kommenden Quartalsberichten wesentlich, verfolgen zu können, wie die Entwicklung in den jeweiligen Bereichen verläuft.

Bei den **Bereichsbezogenen Minderausgaben** geht es auch heftig zur Sache

Bereich 1: 13,1% vom Budgetsaldo

Bereich 2: 5,8% vom Budgetsaldo

Bereich 3: 3,2 % vom Budgetsaldo

In der Summe rund 2,27 Mio. €.

Nun lese ich, dass die Verwaltung allerdings warnt: „Ob und wieweit die GMA 2006 erwirtschaftet werden kann, ist daher heute überhaupt nicht vorherzusagen. Jedenfalls kann und darf nicht davon ausgegangen werden, dass in den Budgets Einsparpotentiale in diesen Größenordnungen vorhanden sind.“ (Verwaltung an CDU)

Das stimmt bedenklich, denn gerade ist vom Karl-Bräuer-Institut eine Schrift erschienen „Zur verfassungsrechtlichen Problematik globaler Minderausgaben“. Dort heißt es u.a.

„In grober Weise gegen die Grundsätze der Haushaltswahrheit und -klarheit verstößt eine GMA, die bei realitätsgerechter Betrachtung nicht erwirtschaftet werden kann.

Dies ist insbesondere der Fall, wenn sich die GMA auf sog. zwangsläufige Ausgaben bezieht. „Zwangsläufigen Ausgaben“ liegen Rechtsverpflichtungen zugrunde, denen sich die Verwaltung im Haushaltsvollzug nicht entziehen kann.“ (Prof. Dr. Christoph Gröpl Juli 2005 Universität des Saarlandes).

Wir lernen aber gerade am Bundeshaushalt, dass die Beachtung der Verfassung ein sehr „flexibler“ Begriff ist. Vor noch nicht einmal einem halben Jahr hatten Finanzpolitik und Verfassungsrecht noch ganz andere Wertungen.

Das Buch „Sanfter Verlust der Freiheit“ legte den Finger auf viele Wunden und verursachte bei einigen auch neue Wunden. Der Steuer- und Finanzpolitik wurde attestiert:

# Haushaltsrede FDP Fraktion

Dieter Bahr 15.12.2005

---

„Der staatliche Regulierungseifer produziert täglich neue Gesetze, Erlasse, Verordnungen. So verlieren wir unsere Freiheit, sanft und unmerklich.“  
Und das gilt nicht nur für die Bundespolitik.

Wie bekannt, durfte der Heidelberger Professor temporär als Kompetenzträger für die heutige Kanzlerin wirken. Sowohl FDP als auch CDU schlossen sich seiner Empfehlung zu den Kommunal финанzen an und wollten die Gewerbesteuer abschaffen. An ihre Stelle sollte ein Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer treten. Wie Ernst das gemeint war, kann man daran ablesen, dass der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, der Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU), harten Widerstand gegen diese Pläne ankündigte.

## **Der Blick in den Koalitionsvertrag CDU/CSU-SPD vom 11.11.05 klärt auf:**

„Die Kommunal финанzen müssen auch zukünftig auf einer soliden Basis stehen.“

Randbemerkung: Das zeugt von wenig Kenntnis des kommunalen Alltags!

„Die Fortentwicklung der Gewerbesteuer ist im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Fortentwicklung der Unternehmensbesteuerung zu entscheiden. Unser Ziel ist eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Unternehmensbesteuerung mit Hebesatzrecht, die administrativ handhabbar ist, den Kommunen insgesamt ein stetiges Aufkommen sichert, die interkommunale Gerechtigkeit wahrt und keine Verschiebung der Finanzierung zu Lasten der Arbeitnehmer vorsieht. Wir werden die Gewerbesteuer nur ersetzen, wenn für eine Alternative hinreichend genaue Kenntnisse über die Verteilungsfolgen vorliegen.

Die Grundsteuer wird auf der Basis der Vorarbeiten von Bayern und Rheinland-Pfalz mit dem Ziel der Vereinfachung neu geregelt.“ (Koalitionsvertrag CDU/CSU-SPD 11.11.05)

Die FDP kann dem vorsichtigen Ansatz durchaus Positives abgewinnen. „Eine Gemeindefinanzreform, die einhergeht mit einer Unternehmenssteuerreform ist eine der dringendsten Maßnahmen, die die Große Koalition in Angriff nehmen muss. Insofern ist ein Votum der Koalitionäre, endlich die Gewerbesteuer ersetzen zu wollen, ein Schritt in die richtige Richtung. Doch müssen sie dann den Weg konsequent weitergehen. Die Gewerbesteuer muss durch ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen auf Einkommens- und Körperschaftssteuer und einem erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer ersetzt werden. Das garantiert den Städten und Gemeinden auf Dauer eine sichere Einnahmequelle. Jetzt müssen sich dann aber auch die kommunalen Interessenvertreter bewegen“. (Piltz FDP)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet in diesem Jahr mit einem Anstieg des Gewerbesteuer-Aufkommens um neun Prozent auf 31 Milliarden Euro. Damit lägen die Einnahmen deutlich über denen des Rekordjahres 1999. Im kommenden Jahr erwarten die Forscher ein weiteres Plus von 6,5 Prozent, wie das „Handelsblatt“ weiter berichtet. Damit ist das DIW optimistischer als der Arbeitskreis Steuerschätzung.

Städte und Gemeinden in Deutschland haben der Einschätzung der Wirtschaftsforscher widersprochen. „Die vom DIW dargestellte Finanzsituation der Kommunen ist unvollständig“, sagte Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund.

So viel zu der Beweglichkeit.

# Haushaltsrede FDP Fraktion

Dieter Bahr 15.12.2005

---

Und da ist noch die **Grundsteuer B**.

Die FDP bleibt bei ihrer Ablehnung.

Zum dritten Mal in Folge stand die Erhöhung auf der Tagesordnung. Beim ersten Mal scheiterte sie, beim zweiten Anlauf begann dann die CDU eine Treppe zu bauen. Zunächst mit kleineren Stufen als der Magistrat, aber jetzt klettert sie munter mit dem Magistrat im Gleichklang. Und die Grünen würden als bekennende Steuererhöhungspartei gerne mehrere Stufen auf einmal nehmen.

Wir sind mit der Haushaltskonsolidierung in Langen auf einem Weg, der optimistisch in die Zukunft blicken lässt. Mit unserer Konsolidierungsliste (DS 272/1) aus dem Jahr 2003 haben wir unter Langfristaspekten unseren Beitrag dazu geleistet.

Wir haben die Prozessoptimierung angesprochen.

Die mittlerweile dritte Generation von e-Government ist vor allem durch Integration gekennzeichnet. Gemeint ist damit laut Fachliteratur u.a. die „interne Integration von Frontoffice und Backoffice, indem Geschäftsprozesse vom Online-Portal bis zu den Fachanwendungen, wo sinnvoll, medienbruchfrei und elektronisch realisiert werden.“ (Busso Grabow, Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Bd. 2004/II S. 9)

Und KBL legt uns jetzt wiederholt optimistische Ausblicke auf die „schwarze Null“ vor. Sorgenkind ist dabei das „**Technisches Facility Management**“, das sich aber gerade deshalb konzentrierter Aufmerksamkeit erfreut.

Steigender Kostendruck zwingt Kommunen verstärkt, Einsparpotenziale bei der Bewirtschaftung und Unterhaltung ihrer Immobilien zu erschließen. Facility Management ist hierzu ein modernes Instrument, das durch sein ganzheitliches Herangehen, die Lebenszyklusgestaltung, die Anwendung spezifischer Methoden, Techniken und Informationen die effektive Bewirtschaftung der Immobilien ermöglicht.

Das nächste Stichwort bei KBL heißt **Werterhaltungsmanagement**.

Was ist was wert und was lohnt sich zu erhalten? Der Bürgermeister ist mit Recht darauf in seiner Haushaltsrede eingegangen und spricht von der Vermarktungsstrategie „Was müssen wir behalten?“.

Der Konsolidierungswille stößt aber dann an seine Grenzen, wenn er sich in Form des **Kultur-Zwangsverbands** präsentiert.

Die FDP lehnt den „Zwangsverband“ ab und ist für freiwillige Kooperation der Gemeinden und weiß sich hier mit dem „Verband Liberaler Kommunalpolitiker“ einig.

Wir wollen und können Langen selbst gestalten. Eine Menge von Projekten ist begonnen und liegt noch zur Bewältigung vor uns. Dazu gehört die Fähigkeit, innovativ zu sein. Das heißt: Ausschau halten nach Fortschritten, prüfen wie sich dieser Fortschritt darstellt und analysieren, wie sich das für unser Langen verwerten lässt.

Das Projekt „Stadthalle“ ist eine Aufgabe der **Renovierung und Modernisierung**. Dabei werden die Themen Energiemanagement und Gebäudeleittechnik gewiss eine wichtige Rolle spielen, wobei wir diese Fragen dann auch im Kontext mit dem benachbarten Hallenbad und dem Rathaus zu betrachten haben. Das Innovative daran wird sein, dass wir gemeinsame Aufgaben im Netzverbund deutlich erkennbar machen und zeitnah – sprich in nahezu Echtzeit – reagieren und damit wirtschaftlich optimieren.

Das Medienzentrum im Verbund aus Stadtbücherei, Stadthalle, Glasmuseum, Altes Amtsgericht, Altes Rathaus, Altstadt ist ja schon skizziert.

# Haushaltsrede FDP Fraktion

Dieter Bahr 15.12.2005

Wir werden weiterhin dafür eintreten, dass am „Alten SSG-Sportplatz“ das in Langen dringend benötigte Seniorenwohnprojekt entsteht. In Langen besteht akute Unterversorgung an Seniorenwohnungen. In unseren Augen ist dieser von uns angestrebte Platz geradezu ideal. Er ist zentral gelegen, und alle wichtigen Einrichtungen sind gut zu Fuß zu erreichen. Ein Wohnheim an diesem Platz würde die integrativen Bemühungen stärken und das Zentrum für Jung und Alt fördern, das in direkter Nachbarschaft entsteht.

Durch die schon jetzt in der Nähe vorhandenen sozialen Einrichtungen, wie Schule, Kindergarten und Kirche, wird der Charakter dieses Ensembles unterstrichen: Wir nennen es daher „Platz der Generationen“.

Gerade haben wir **Wahlsysteme** eingeführt, die den innovativen Mut in Langen unterstreichen und neugierige Blicke aus der Nachbarschaft erzeugt haben. Der nächste Schritt ist – nicht nur gedanklich – auch schon getan. „Die erste elektronische Wahl per SMS war in der Schweiz erfolgreich. Die Stimmbürger im schweizerischen Bülach konnten erstmals elektronisch per SMS wählen. Das E-Voting-Verfahren des Kantons Zürich bietet die Wahl zwischen der Stimmabgabe per Handy oder Internet. Von 3919 Stimmen gingen 455 etwa per SMS und 1006 per Internet ein.“

Bei dem Tempo der IT-Entwicklung ist der CDU-Wunsch nach dem „**TUI-Audit-Verfahren**“ verständlich. Einerseits verlassen Sie heute mit dem neuesten System den einschlägigen Markt, um am nächsten Tag festzustellen, Sie haben eine Antiquität erstanden. Andererseits sind die Denker und Lenker „im Hintergrund“ bereits Jahre bis Jahrzehnte weiter mit ihrem funktionellen Design.

Wenn sich diese Entwicklung dann in den politisch mitgestalteten Raum begibt, dann gelten zusätzliche Überlegungen. In der Zeitschrift für Kommunalpolitik ist dazu nachzulesen:

„Die politische Unterstützung für die Einführung von Kommunalem e-Government muss ebenfalls sichergestellt sein. Ohne klare Rückendeckung durch den Rat ist das umfassende Modernisierungsprojekt Kommunales e-Government zum Scheitern verurteilt oder es bleibt, wenn überhaupt, lediglich bei der Umsetzung einzelner Modernisierungsprojekte. Ratsmitglieder sind deshalb frühzeitig in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Dies gilt vor allem für die Diskussion der Leitlinien und der übergreifenden Strategie, weniger bei Beschlüssen zu kleinteiligen Projekten.“ (Busso Grabow, Helmut Drüke, Christine Siegfried, DfK 2004/II S. 70)

Wir können das mittlerweile guten Mutes in Langen tun. Wiederholt ist bei den Produkten des Bereichs 3 „Zentrale Funktionen, Interne Dienste“ zu lesen:

„Dies alles mit unverändertem bzw. reduziertem Ressourceneinsatz zu bewältigen, ist nur bei konsequenter Fortsetzung der Prozessoptimierungen, insbesondere durch kostensenkende Investitionen im IT-Bereich leistbar.“

Die **Biometrie** hält Einzug.

Der Reisepass erhält einen Chip und das Passbild hat biometrietauglich zu sein. Dazu gehört etwas Software und etwas Hardware. Aber dazu gehört auch das Verständnis, warum diese Technologie kommt und was sie bedeutet. „Unverchipped darfst Du nicht reisen gehen“ und zum Anwesenheitsnachweis gilt künftig „Mein Chip ist mein Zeuge“.

Wir führen ein **3-D System zur Standortvermarktung von Langen** ein.

So ein schlichter Satz im Produktportfolio war vor Jahren undenkbar. Ich habe mal gewagt, die Blaupausenbaupläne als unlesbar zu kritisieren. Mit diesen „Papieren“

# Haushaltsrede FDP Fraktion

Dieter Bahr 15.12.2005

---

will man Millionenprojekte und Gestaltungsentscheidungen transparent machen? Heute ist die Computer-Animation, die Visualisierung, ein selbstverständlicher Standard. Wir müssen das nur akzeptieren.

Die **Doppik** kommt und mit ihr weitere Tul-Anwendungen.

Im Zusammenhang mit der Doppik-Einführung ab 2008 wird eine grundlegende Überarbeitung der Produktbeschreibungen erfolgen, bei denen wesentlich stärker auf Schlüsselkennzahlen gesetzt wird anstelle der bisherigen verbalen Beschreibungen.

Ich verstehe Tul auch als ein wesentliches Element des **Gebäude- und Liegenschaftsmanagements** mit dem Gebäude als Dienstleister: es wird ein „Technik unterstützter Service“ realisiert.

Dazu gehört wesentlich ein **Zentrales Energiemanagement**. Wie ein „Roter Faden“ zieht sich durch die Fachbudgets das Stöhnen „Steigende Energiekosten“.

Wir sind auf dem Weg - Die Verwaltung sagt: „Nach 5 jähriger Datenerhebung wird es im 2. Quartal 2006 einen Abschlussbericht mit Empfehlungen zur Energieeinsparung geben.“ Das ist der harte und lange Weg.

Der Technik unterstützte Service macht aus dem Gebäude ein „intelligentes Gebäude“, das seine Mängel erkennt, meldet und abstellt.

## **Bilanz**

Konsolidierung durch Innovation – das klingt nach Widerspruch. Wir müssen in die Gesundung unserer Langener Finanzen investieren. Kaputtsparen ist nicht angesagt.

Es ist ja so viel zu tun und so viel harret der Gestaltung. Der kritische Blick gilt der Finanzentwicklung – aber nicht voller Verzweiflung, sondern mit der Überzeugung: Wir packen es.

Das Haushaltsjahr 2006 wird sicher nicht einfach – zum Beispiel weil im März mit der Kommunalwahl sicher der eine oder andere Staffelstab übergeben werden wird. Die nächsten Stadtverordneten sollen dann als Minimum den verabschiedeten Haushalt vorfinden. Dann gilt es, die Ärmel gleich aufzukrempeln und weiter an der Gestaltung Langens zu arbeiten.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalts- und Budgetplan 2006 zu.